
Vorkasse-Stromzähler und Minimalstrom für Geringverdiener**SPD will einkommensschwachen Haushalten helfen die Stromkosten zu senken***Von Rolf Kleinfeld*

Bonn. Weil es Arbeitslosen und Menschen mit geringem Einkommen immer schwerer fällt, ihre Stromrechnungen zu bezahlen, will Bonns SPD ihnen helfen. Aber nicht per Alleingang durch einen Sozialtarif bei den Stadtwerken Bonn, wie ihn der Stadtrat kürzlich mit klarer Mehrheit ablehnte, sondern mit praktikablen Angeboten, die nun im SWB-Aufsichtsrat diskutiert

werden.

Neue Stromzähler, die ohnehin bald eingeführt werden, sollen demnach eine Prepaid-Funktion (Vorkasse) möglich machen, so dass Kunden mit offenen Rechnungen trotzdem Strom erhalten können, wenn sie vorab bezahlen. Außerdem sollen die Zähler so geschaltet werden können, dass eine Minimalversorgung bleibt, selbst wenn der Zähler gesperrt ist.

"Und zwar so viel, dass es für den Betrieb einer Lampe, einer Herdplatte und der elektronischen Steuerung für die Heizung reicht", erklärte Ulrich Kelber. So etwas gebe es bereits in Belgien und sei "eine Art Menschenrecht auf Grundversorgung". Bezahlt werden müsse der Strom aber weiter.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete schlägt darüber hinaus vor, Bonn-Ausweis-Inhabern eine kostenlose Energieberatung bei den Stadtwerken (sonst 50 Euro) anzubieten, zusammen mit einem "Starterpaket". Es könne Energiesparlampen enthalten und leihweise auch "Power Safer". Das sind Geräte, die Standby-Schaltungen von Stromverbrauchern automatisch ausschalten. Allerdings müssten die Nutznießer SWB-Kunden sein.

"Wir können an den hohen Strompreisen auf dem Weltmarkt nichts ändern", so Kelber am Mittwoch in einer Pressekonferenz. "Gleichzeitig haben bisher meist gehobene Einkommensschichten von den guten Fördermaßnahmen für Energiesparen profitiert." Dass die Stadtwerke viel täten, um Zählerstörungen zu vermeiden, reiche nicht aus - immer noch werde bis zu 1 000 Haushalten pro Jahr der Strom abgestellt.

Sozialtarife solle es auch geben, aber bundeseinheitlich bei allen Energiekonzernen. Und zwar so, dass zum Beispiel jeder Kunde die ersten 500 kWh im Monat verbilligt bekommt. Das begünstige Stromsparer, sichere durch Pro-Kopf-Berechnung Gleichbehandlung von Familien und verursache keinen Bürokratie-Aufwand. Kelber führt darüber derzeit für die Bundes-SPD die Verhandlungen.

(21.02.2008)
